

Übersicht



Der Bürgermeister
Hilden, den 09.02.2026
AZ.:

WP 25-30 SV II/002

Antragsvorlage

Beitritt zum Netzwerk sicher im Dienst

Für eigene Aufzeichnungen: Abstimmungsergebnis			
	JA	NEIN	ENTH.
CDU			
SPD			
AfD			
Grüne			
FDP			
Linke			
BA Piraten			

öffentlich

Finanzielle Auswirkungen
Organisatorische Auswirkungen

ja
 ja

nein
 nein

noch nicht zu übersehen
 noch nicht zu übersehen

Beratungsfolge:

Hauptausschuss
Rat der Stadt Hilden

18.03.2026
15.04.2026

Vorberatung
Entscheidung

SPD Ratsfraktion Hilden_Antrag_Rat_ Sicher im Dienst

Antragstext:

Die Stadt Hilden tritt nach Ratsbeschluss dem Netzwerk „Sicher im Dienst“ bei und erarbeitet im Zuge des Beitritts eine zu veröffentlichende Grundsatzerklärung gegen Gewalt am Arbeitsplatz.

Erläuterungen zum Antrag:

Begründung:

Seit Jahren ist leider die Entwicklung von immer mehr verbaler und körperlicher Gewalt gegenüber Rettungs- und Ordnungskräften sowie weiteren Beschäftigten in öffentlichen Einrichtungen zu beobachten. Das Land NRW hat zum Austausch und Bereitstellung von diversen Hilfsangeboten für diese Problematik das Netzwerk „Sicher im Dienst“ geschaffen. Einige tausend Beschäftigte sowie viele Institutionen und Behörden sind bereits beigetreten. Da kein Mitgliedsbeitrag erhoben wird, ist eine Mitgliedschaft ausschließlich von Vorteil für alle Beteiligten.

Im Zuge des Beitritts haben einige Kommunen eine Grundsatzerklärung gegen Gewalt am Arbeitsplatz erarbeitet und veröffentlicht. Ein solche Erklärung, würde die Bemühungen der Stadt Hilden um die Sicherheit ihrer Beschäftigten unterstreichen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stadt Hilden begrüßt den Antrag der SPD und somit den Vorstoß, dem Netzwerk „Sicher im Dienst“ als Stadtverwaltung beizutreten.

Durch den bereits vor einiger Zeit erfolgten Beitritt einzelner Beschäftigter der Stadt Hilden zum Netzwerk profitiert die Stadtverwaltung Hilden bereits heute von den vielen Vorteilen, die das Netzwerk „Sicher im Dienst“ bereithält:

Durch die kostenlose Mitgliedschaft im Netzwerk „Sicher im Dienst“ eröffnet sich der Zugriff auf verschiedene Konzepte, Schulungsunterlagen und diverse Informationen rund um das Thema der Stärkung der Sicherheit kommunaler Beschäftigter, zudem stehen unterstützende Unterlagen zur Prävention und zum Umgang mit Gewaltvorfällen zur Verfügung.

Neben der Zurverfügungstellung von Know-how, eröffnet sich ein Erfahrungsaustausch des Netzwerkes aus Kommunen und Behörden.

Sowohl fachliche Unterstützung, aktuelle Informationen, Fortbildungsangebote und Sensibilisierungsmaßnahmen der Führungskräfte stehen im Netzwerk zum Abruf zur Verfügung.

Der Beitritt als Kommune in Gänze ist daher zu begrüßen und stellt ein deutliches Signal an die Beschäftigten der Stadt Hilden als attraktive Arbeitgeberin dar, indem deutlich gemacht wird, dass die Beschäftigten der Stadtverwaltung wertgeschätzt und ein Rahmen für sichere Arbeitsbedingungen geschaffen werden soll. Der Beitritt stellt auch ein deutliches öffentliches Signal und ein Bekenntnis zu einem gewaltfreien Umgang miteinander dar.

Eine Kontaktaufnahme mit dem Netzwerk „Sicher im Dienst“ hat ergeben, dass ein Beitritt der Stadt Hilden jederzeit möglich ist und in digitaler Form durchgeführt wird.

Nach Aufnahme in das Netzwerk erhält die Stadt Hilden eine Beitrittsurkunde.

Die Stadt Hilden ist bereits sehr vielschichtig im Bereich der Gewaltprävention, aber auch im Bereich von Prozessen zur Nachsorge etwaiger Übergriffe aktiv.

In den Jahren 2024 und 2025 haben jeweils Workshops zur „praxisorientierten Selbstbehauptung für Beschäftigte in Publikumsbereichen“ stattgefunden.

Im Fokus waren einerseits eine realistische Auseinandersetzung mit dem Thema Gewalt und mit Gewalterfahrungen, andererseits die tatsächliche Erprobung und Optimierung des eigenen Verhaltens in eskalierenden Situationen.

Hierzu wurden zwei erfahrene und praxisorientierte Trainer engagiert, die selbst regelmäßig Kontakt mit schwierigem Publikum im behördlichen Kontext haben und so sehr realitätsnah agieren.

Ziel der Workshops war es, die Sicherheit der Beschäftigten stärker in den Fokus zu nehmen, über das Thema Gewalt und damit verbundene Erfahrungen ins Gespräch zu kommen, Situationen deeskalierend zu steuern und Gefahren zu erkennen.

Zudem sollte ein Einblick in die Möglichkeiten gegeben werden, wie Beschäftigte sich in einer Notsituation auch physisch schützen und wehren können.

Es ist geplant diese Workshops auch in 2026 fortzusetzen.

In Publikumsbereichen wird zudem mit Notfallknöpfen und in der Gesamtverwaltung mit einem pc-gesteuerten Alarmierungssystem gearbeitet.

Neben Regelungen zum Thema „Maßnahmen nach Vorfällen mit aggressiven Personen im Dienstbetrieb“, die auf dem sogenannten „Aachener Modell“ aufsetzen und Gefährdungslagen von Stufe 0 bis 3 kategorisieren, wurden Regelungen zum Thema sexueller Übergriffe definiert.

Das Aachener Modell fußt darauf, dass zum einen zuallererst grundsätzlich eine möglichst große Sicherheit fachbereichsseitig zu organisieren ist, hierzu gehören

- Notfallknöpfe für Alarmierung
- Sichere Arbeitsumgebung
- Fluchtwege
- gefahrenbewusste Absprachen
- gefahrenbewusste Büroeinrichtung
- Umgang mit Stress
- professionelle Kommunikation
- bei problematischen Kunden Vorsorge treffen: bei schwierigem Publikum Vorsprache nicht allein zulassen
- Schulungen Deeskalation, Selbstschutz am Arbeitsplatz, etc.

und zum anderen darauf, dass nach Vorfällen eine Analyse und Konkretisierung der Gefährdungslage vorgenommen wird.

Die Mitarbeitenden sind dahingehend sensibilisiert, Vorfälle von Gewalt zu melden, damit die zuständigen Fachdezernenten mit Hausverboten, das Rechtsamt mit Strafanträgen reagieren, die Polizei hinzugezogen werden kann. Je nach Konstellation sind Unfallanzeigen / Dienstunfallanzeigen zu stellen.

Für Opfer von Gewalt steht sofort oder auch später noch nutzbar eAP Assist zur Verfügung.

Aktuell wird ein Sicherheitskonzept für die Verwaltung erarbeitet, welches einerseits alle bereits bestehenden Regeln und Konzepte in sich aufnehmen und aber auch eine grundsätzliche Haltung zum Thema Gewalt am Arbeitsplatz aufgreifen wird.

Insofern wird der Rat der Stadt Hilden gebeten, dem Antrag zu folgen, wonach die Stadt Hilden dem Netzwerk „Sicher im Dienst“ beitreten wird.

Parallel dazu wird die Stadt Hilden weiter an den oben beschriebenen Themen arbeiten.

gez.
Dr. Claus Pommer
Bürgermeister

Klimarelevanz:

Keine.

Inklusionsrelevanz:

Keine.



A N T R A G

Beitritt zum Netzwerk „Sicher im Dienst“

Die Ratsfraktion Hilden

Fon: +49 (0) 21 03 / 54 708

Mail: fraktion@spd-hilden.de

Die Stadt Hilden tritt nach Ratsbeschluss dem Netzwerk „Sicher im Dienst“ bei und erarbeitet im Zuge des Beitritts eine zu veröffentlichende Grundsatzerklärung gegen Gewalt am Arbeitsplatz.

Begründung:

Seit Jahren ist leider die Entwicklung von immer mehr verbaler und körperlicher Gewalt gegenüber Rettungs- und Ordnungskräften sowie weiteren Beschäftigten in öffentlichen Einrichtungen zu beobachten. Das Land NRW hat zum Austausch und Bereitstellung von diversen Hilfsangeboten für diese Problematik das Netzwerk „Sicher im Dienst“ geschaffen. Einige tausend Beschäftigte sowie viele Institutionen und Behörden sind bereits beigetreten. Da kein Mitgliedsbeitrag erhoben wird, ist eine Mitgliedschaft ausschließlich von Vorteil für alle Beteiligten.

Im Zuge des Beitritts haben einige Kommunen eine Grundsatzerklärung gegen Gewalt am Arbeitsplatz erarbeitet und veröffentlicht. Ein solche Erklärung, würde die Bemühungen der Stadt Hilden um die Sicherheit ihrer Beschäftigten unterstreichen.

Für die SPD Ratsfraktion Hilden

gez.

Andrea Janeck
Ratsmitglied

gez.

Kevin Buchner
Fraktionsvorsitzender